

Partnerwahl für die Erneuerbaren

Energievision will mit Energieallianz Bayern kooperieren – Gemeinderäte müssen abstimmen

VON LEA WARMEDINGER
UND ALEXANDRA ANDERKA

St. Wolfgang/Lengdorf – Einst wurde die Energievision Erding gegründet, um die Planung von Windkraftanlagen in geordnete Bahnen zu lenken. Nach der jahrelangen Windrad-Blockade durch die 10H-Regel richtet die EVE ihr Interesse allgemein auf Erneuerbare Energien im Landkreis. Dafür strebt die Projektentwicklungs-GmbH nun eine Kooperation mit der Energieallianz Bayern (EAB) an. Alle Kommunen im Landkreis sind Mitglied, also müssen die Gemeinderäte abstimmen. Aus St. Wolfgang kommt gleich mal ein Nein, der Gemeinderat Lengdorf vertrat die Entscheidung.

„Die EAB wurde mit dem Ziel gegründet, Erneuerbare Energie-Projekte zu entwickeln“, erläuterte Lengdorfs Bürgermeisterin Michèle Forstmaier (FW) den Gemeinderäten. „Aktuell stehen ihr 42 Gesellschafter aus mittelständischen Stadtwerken und privaten Energieversor-

gern zur Seite.“ Darunter sind Unternehmen wie die Allgäuer Kraftwerke oder Stadtwerke von Bad Wörishofen über Freising und Landshut bis Wasserburg. Bei der EVE selbst seien auch bereits Energieversorger wie die Stadtwerke Dorfen dabei, so Forstmaier. Jede Gemeinde habe einen Anteil von rund 1,3 Prozent an der Projektentwicklungs-GmbH.

Partner verteilen Projekte 50:50

Laut Forstmaier ist das Ziel des angestrebten Kooperationsvertrags, bis Ende 2026 im Landkreis PV- und Windkraftanlagen mit einer Leistung von rund 40 Megawatt zu entwickeln. „Die EVE wäre für die Flächensicherung der Anlagen verantwortlich, die EAB für die Projektentwicklungsschritte und Steuerung von Dienstleistern.“ Die Kosten würden hälftig aufgeteilt und die Projekte dann an investierende Gemeinden oder Versorger verkauft werden.



Das Thema Energiewende ist in den meisten Gemeinden angekommen. Planungen für Solarparks laufen – die EVE sucht sich dafür einen Partner. SYMBOLFOTO: HILDENBRAND/DPA

Ein externer Investor käme nicht zum Zug, betonte die Bürgermeisterin.

Je 50 Prozent der entwickelten Projekte würden den Gesellschaftern der EVE und EAB zur Investition angeboten. Auch Investitionsmöglichkeiten für Bürger sollen für die einzelnen Projekte in Form von Nachrangdarlehen ermöglicht werden.

„Grundsätzlich ist es sicher eine gute Sache, weil man damit die regionale Energiever-

sorgung voranbringt“, meinte die Bürgermeisterin. Sie hätte sich allerdings ein paar Änderungen bei Vertragsdetails gewünscht. „Die sind leider nicht mit eingeflossen.“

Sehr viel kritischer sieht es Ullrich Gaigl, Bürgermeister von St. Wolfgang. Solch ein Vertrag habe durchaus „Charme, aber auch Risiken“, erklärte der Kreisvorsitzende der Freien Wähler in der Gemeinderatssitzung am Montag. Er persönlich gehe da

nicht mit, sagte er gleich vorab und stellte das Thema zur Diskussion. Eine Ablehnung bei zwei Gegenstimmen war das Ergebnis.

Anton Schneider (CSU) wollte wissen, ob einzelne Gemeinden überhaupt eine individuelle Wahlmöglichkeit hätten. Gaigl antwortete, dass es zu einer demokratischen Mehrheitsentscheidung aller Mitglieder kom-

Konkurrenz zu Bürger-Energie?

men werde. Franz Finger (CSU) wies auf einen Vorteil hin: „Wir brauchen die großen Anbieter für die Anschlüsse.“ Beispielsweise für die Einspeisung der Solarenergie. Er forderte: „Wir sollten uns als Gemeinde aber erst einmal überlegen, für welche Energie wir uns engagieren wollen.“

In der Lengdorfer Sitzung formulierte Forstmaier noch einen Einwand. „Mir ist besonders wichtig, dass gerade in unserem Gemeindegebiet

keine Konkurrenz zur Bürger-Energie-Isental entsteht“, sagte sie. Denn dort werde etwas von Bürgern für Bürger gemacht und viel investiert. Der Verein möchte in den Kommunen Buch am Buchrain, Isen, Lengdorf und St. Wolfgang 100 Prozent Erneuerbare Energien durch einen Mix aus Sonne, Wind und Biogas erreichen. Von den gemeinsam betriebenen Energie-Anlagen sollen die Bürger durch einen vergünstigten Stromtarif profitieren (wir berichteten mehrfach).

Genau hier sah in St. Wolfgang auch Bürgermeister Gaigl eine Gefahr: „Die EAB ist eine Konkurrenz zur Bürger-Energie-Isental.“ Das gefiel auch Magdalena Wandinger Strauß (FW) nicht: „Ich finde es besser, wenn die Energiewende die Bürger selbst in die Hand nehmen.“

Zudem bemängelte sie Unzulänglichkeiten in der Infrastruktur: „Für die Praxis sind wir nicht gewappnet. Unsere Netze geben eine Einspeisung der erzeugten Energie gar nicht her.“